

nesische Kultur- und Sprachzentren werden seit dem Jahr 2002 weltweit systematisch vom „Staatlichen Büro für das Unterrichten des Chinesischen als Fremdsprache“ (NOT-CFL), das dem Bildungsministerium untersteht, eröffnet. Seit dem Jahr 2004 wird diese Praxis unter dem Label „Konfuzius-Institute“ fortgesetzt. In Deutschland wurde der Grundstein für ein „Konfuzius-Institut“ in Berlin anlässlich des Besuchs von Staatspräsident Hu Jintao im November 2005 gelegt (vgl. C.a., 6/2005, Ü 22).

Im Juli 2006 soll es bereits 80 solcher „Konfuzius-Institute“ in 36 verschiedenen Ländern und Regionen gegeben haben. Meldungen der Nachrichtenagentur Xinhua zufolge hätten sich 99 Institutionen in 38 Ländern für die Eröffnung eines „Konfuzius-Instituts“ beworben. Die Erreichung der Zielmarke von weltweit 100 Instituten werde von Beijing bis zum Jahr 2010 anvisiert, um damit der steigenden Nachfrage nach Chinesischunterricht in den einzelnen Ländern selbst nachkommen zu können. Statistiken des Bildungsministeriums zeigen, dass bislang mehr als 30 Mio. Menschen Chinesisch lernen. Mehr als 2.500 Hochschulen in 100 Ländern böten Chinesischkurse an. Als weiteren Bestandteil dieser verstärkten Kulturdiplomatie der VR China startete das NOCFL im Juli ein Portal zum Erlernen der chinesischen Sprache unter der Webadresse www.line.com. Das Portal bietet interaktive Chinesischkurse, Blogs und Pod Casts. (XNA, 20.6., 5.,6.,8.7.06)

Gesellschaft

Günter Schucher

Fragile Umweltsituation

In ihrem Anfang Juni – im Vorfeld des Welt-Umwelttages – veröffentlichten Weißbuch zur Umweltpolitik hat die chinesische Regierung eine Veränderung der Wirtschafts- und Umweltpolitik angekündigt: die simultane Beachtung von Umweltschutz und Wirtschaftsentwicklung (C.a., 3/2006, S. 129f.). Die Dringlichkeit dieses Wandels wurde nach der Veröffentlichung durch einen Bericht der staatlichen Umweltschutzbehörde SEPA (State Environmental Protection Administration) verdeutlicht. Danach kostet die Umweltverschmutzung China jährlich rund 10% des Bruttoinlandprodukts, also mehr als 200 Mrd. US\$ pro Jahr. Allein in der Landwirtschaft sind jedes Jahr rund 12 Mio. Tonnen Getreide (von insgesamt rund 490 Mio. Tonnen) durch Metallemissionen kontaminiert, ein Verlust von 20 Mrd. Yuan für die Bauern. SEPA schätzt, dass die Umweltsituation in einer Größenordnung von 60% Chinas durch Ressourcenübernutzung, Überdüngung und Pestizidgebrauch, Industrialisierung und Verschmutzung, Urbanisierung u.a. fragil ist.

Während das Weißbuch von Erfolgen in der Schadstoffreduzierung berichtet und auf 112 Mrd. Yuan verweist, die von 2001 bis 2005 in den Umweltschutz investiert wurden, geht SEPA von einer – auch weiteren – Verschlechterung der Situation aus: Die Geschwindigkeit der Verschmutzung sei weit höher als die der Reinigungsanstrengungen.

Für die Reinigung wären in den nächsten fünf Jahren insgesamt 1,3 Billionen Yuan notwendig, d.h. ca. 260 Mrd. Yuan pro Jahr.

Die Weltbank weist z.B. in ihrem jährlichen *Little Green Data Book* auf einen von 1992 bis 2002 um 33% gestiegenen Ausstoß von Treibhausgasen hin. Alle Zahlen sind letztlich auch Ausdruck der vielfach kritisierten „Zahnlosigkeit“ der Umweltbehörde selbst, die diese durch andere Angaben zu widerlegen sucht: 55.000 Bauprojekte habe man in den letzten zwei Jahren auf ihre Umweltverträglichkeit hin überprüft, berichtete deren Direktor Zhou Shengxian, und 1.190 von ihnen habe man die Genehmigung verweigert. Er verwies auch auf 525 geprüfte Energieprojekte, von denen 32 wegen Mängeln gestoppt wurden. Allerdings wurden auch viele nach Korrekturen dann doch genehmigt (vgl. C.a., 2/2005, Ü 24) und große Verschmutzer konnten bisher noch nicht belangt werden.

SEPA selbst fordert daher mehr Möglichkeiten für Nichtregierungsorganisationen, im Umweltschutz tätig zu werden. Sie erhofft sich so mehr Druck auf lokale Behörden, die sich den zentralen Vorgaben entziehen und im Interesse lokaler Entwicklung den Umweltschutz vernachlässigen. Der Verweis auf die Lokalfunktionäre hat sicherlich seine Berechtigung, entlässt aber die Zentralregierung aus der Verpflichtung, die entsprechenden Rahmenbedingungen nicht nur zu schaffen, sondern auch durchzusetzen. Dazu gehört ebenso das „grüne Bruttosozialprodukt“, das durch Einrechnung der Umweltkosten die glanzvollen Wachstumszahlen verringern würde, wie die Einbeziehung von Umweltschutzziele in die Bewertung

von Kadern. Zusätzlicher Druck, hier konsequenter zu agieren, entsteht durch die jährlich um fast 30% wachsende Zahl von Protesten, die durch Umweltverschmutzung provoziert sind, über 50.000 sollen es laut Pan Yue, engagierter Vizedirektor von SEPA, im Jahr 2005 gewesen sein.

Im Hinblick auf die Olympiade 2008 sieht sich die Stadt Beijing besonders in der Pflicht, für angemessene Umweltbedingungen zu sorgen. Auch aufgrund der notorischen Luftverschmutzung – Satellitenbilder der European Space Agency sollen dort die weltweit dreckigste Luft zeigen – schnitt sie in Umfragen der Akademie für Sozialwissenschaften zur Lebensqualität in chinesischen Städten nicht gut ab. Sie bestand mit 61,9 Punkten beim Lebenskomfort und 63,8 Punkten in der Gesamtbewertung nur knapp deren Mindestbedingungen. Vom selbst gesteckten Ziel, 238 Tage im Jahr „blauen Himmel“ über der Stadt zu sehen, ist Beijing noch weit entfernt; von Januar bis April 2006 wurden nur 51 statt 67 „blaue Himmel“-Tage erreicht. In diesem Sommer – wenn jahreszeitlich gleich die Olympischen Spiele stattfinden werden – wurde die Stadt außerdem von der schlimmsten Dürre seit 50 Jahren getroffen. 13 Sandstürme hat es seit Jahresbeginn bereits gegeben. Seit 1999 ist die Regenmenge um durchschnittlich 25% gesunken. Eine Untersuchung berechnete für die Zeit der Olympischen Spiele eine fehlende Wassermenge von 1,1 Mrd. Kubikmeter (bei einem Verbrauch von 3,45 Mrd. Kubikmeter pro Jahr). Hier soll durch mehr Recycling Abhilfe geschaffen werden, berichtet wird aber auch über Pläne zur Umlenkung von Wasser aus dem

Gelben Fluss. Wahrscheinlich werden außerdem, wie jetzt, Ressourcen aus den umliegenden Dörfern für die Stadt abgezapft. Zur Luftreinhaltung sind außer autofreien Tagen und der Verlagerung von mit Kohleenergie betriebenen Fabriken ins Umland auch Chemikalien im Gespräch, die mit Kanonen in die Wolken geschossen werden sollen, um diese aufzulösen.

Ein besonderes Augenmerk will die Regierung dem Trinkwasserproblem widmen, wie auch der stellvertretende Ministerpräsident Zeng Peiyan am 21.7. in einer landesweiten Telefonkonferenz deutlich machte: Wasserverschmutzung sei zu einem der Hauptfaktoren geworden, die das Wirtschaftswachstum beschränkten und die soziale Stabilität beeinträchtigten. Selbst nach offiziellen Statistiken ist über die Hälfte des Oberflächenwassers in den sieben größten Flüssen Chinas ungenießbar (Hai: 74,6%, Liao: 67,6%, Huai: 80,2%, Huanghe/Gelber Fluss: 63,6%, Songhua: 78,1%, Yangzi: 27,9%, Zhu/Perlfloss: 21,2%). Chinesischen Medien zufolge leiden 320 Mio. Landbewohner und 110 von 600 Städten an Trinkwassermangel. Zwar ist die Situation nach Angaben des Weißbuchs zumindest bei drei von ihnen grundsätzlich unter Kontrolle, aber Gesundheitsexperten heben hervor, dass 90% der Wasserwerke mit veralteter Technologie vom Beginn des 20. Jahrhunderts arbeiten. Sie können nur organische Substanzen, aber nicht chemische filtern. Besondere Besorgnis erregten auch Meldungen über den Yangzi, der sich zu einem „Krebs erregenden“ Fluss wandle und in den nächsten fünf Jahren ein „toter Fluss“ werden könne. Über 40% der Abwässer Chinas, davon

80% unbehandelt, würden diesem Fluss zugeleitet, von dem wiederum 186 Städte ihr Wasser beziehen, darunter Shanghai. Am 21. Juli unterzeichneten neun Provinzen mit SEPA ein Abkommen, die Verschmutzung der Flüsse bis 2010 um 10% zu senken. (XNA, 26., 30.5., 4., 24.6., 24.7.06; WSJ, 26.5., 6.6.06; SCMP, 31.5., 3.-6., 19.6., 25.7.06; FAZ, 10.6.06; NfA, 7.6., 11.7.06; ST, 17.6., 7., 22.7.06; ZXS, 21.7.06, nach BBC PF, 22.7.06)

Streit um NRO zur Aids-Bekämpfung

Die Wahl von Nichtregierungs- und Patientendelegierten zum chinesischen Direktorium (CCM = Country Coordination Mechanism) des Global Fund zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria, die erste ihrer Art in China, hat nachträglich den Protest von Aids-Aktivistern hervorgerufen, darunter dem auch international bekannten Wan Yanhai. Die Organisation verwaltet mehrere Hundert Millionen US\$ zur Krankheitsbekämpfung in China und hat auch Anfang Juni wieder Verträge über Zuwendungen in Höhe von 13 Mio. US\$ für die HIV/Aids-Arbeit und von 20 Mio. US\$ zur Malariabekämpfung unterzeichnet. Zur Klärung der Vorwürfe, die die Beeinflussung der Wahl durch die chinesische Regierung behaupten, wurde eine Untersuchung der United Nations Agency for Aids eingeleitet. Der Vorgang macht das prekäre Verhältnis von NROs zur Regierung deutlich. Letztere sieht zwar deren nützliche Rolle, will auf Kontrolle aber nicht verzichten. So wird z.B. die Arbeit der Organisation Ärzte ohne

Grenzen von der Provinzregierung Henan seit vier Jahren verhindert, obwohl lokale Regierungen in besonders von HIV/Aids betroffenen Kreisen deren Hilfe bei der Behandlung von Patienten ausdrücklich erbeten haben – in anderen Provinzen arbeitet die Organisation seit einigen Jahren. Ein Experte vom Gesundheitsministerium schätzte im Übrigen die wirtschaftlichen Kosten durch Aids in den nächsten fünf Jahren auf über 300 Mrd. Yuan. (FT, 13.6., 11.7.06; SCMP, 19.6.06; XNA, 7.6.06)

Anhebung der Mindestlöhne

Zum zweiten Mal innerhalb der letzten zwei Jahre wurde in Shenzhen zum 1. Juli der Mindestlohn angehoben, und zwar von 690 auf 810 Yuan monatlich bzw. 700 Yuan in den Vororten. Für Überstunden wurde der Zuschlag auf 4,66 Yuan die Stunde festgelegt. Auch verschiedene andere größere Industriestädte in der südchinesischen Provinz Guangdong wollen zum 1. September ihre Mindestlöhne anheben, darunter Zhuhai, Foshan, Dongguan und Zhongshan auf 690 Yuan. Profitieren werden davon nach Auskunft der Arbeitsbüros der Provinz über 23 Mio. Arbeitsmigranten vom Lande.

Hinter der Maßnahme steckt u.a. die Hoffnung, das Problem des Arbeitskräftemangels zu lösen (der in Guangdong 2 Mio. Arbeitskräfte ausmachen soll). In diesem Sinne sollen auch die Kontrollen zur Einhaltung der Vorschriften verschärft und die Beschwerde- sowie Rechtshilfemöglichkeiten für Migranten verbessert werden. Han Dongfang, aus der Volksrepublik gefloher Arbeitsaktivist in Hongkong, be-

zweifelt allerdings den Erfolg der Maßnahme, da sie nur einen Teil des Problems treffe. Weit wichtiger seien Fragen wie das Nichtzahlen von Löhnen, Lohnabzüge oder auch die Nichthonorierung von Überstunden. In diesen Punkten habe sich trotz Aussagen der Regierung die Situation nicht verbessert, sie werde sich eher noch verschlechtern.

Unterschiedliche Einschätzungen gibt es außerdem zum künftigen Potenzial an (billigen) Arbeitskräften vom Lande, die in den letzten 20 Jahren immerhin 16% zum Bruttoinlandsprodukt Chinas beigetragen haben sollen. Einerseits wird damit gerechnet, dass in den nächsten 20 Jahren bis zu 300 Mio. Bauern in die Städte abwandern werden – die bisher weltweit größte Urbanisierungsbewegung. In den nächsten fünf Jahren werden nach Schätzungen des Arbeitsministeriums jährlich drei Millionen Bauern durch Urbanisierung ihr Land verlieren, so wie in den letzten 10 Jahren bereits 40 Millionen ihres verloren haben. Dadurch möglicherweise entstehende Konflikte sollen durch berufliche Ausbildungsmaßnahmen (für Jüngere) und soziale Sicherungszahlungen (für Ältere) gemildert bzw. gelöst werden. Auch zinsgünstige Kleinkredite sollen ermöglicht werden. Bisher, so das Ministerium, waren Kompensationen zu niedrig und schlecht geregelt; künftig muss die Regierung hier mehr anbieten, um den Bauern ihren ursprünglichen Lebensstandard zu erhalten. Aber nicht nur das führte zu Konflikten: Über 60% der im letzten September untersuchten Fälle von Landrequirierung für städtische Bauprojekte, erklärte das Ministerium für Land und Ressourcen, waren illegal.

Andererseits werden auch Stimmen laut, dass das Kontingent an Arbeitsmigranten schrumpft. Han Jun, Direktor des Forschungszentrums für die ländliche Wirtschaft beim Development Research Center des Staatsrats, schätzt, dass 20% der ländlichen Gebiete gar keinen Arbeitskräfteüberschuss mehr haben. Andere weisen auf die Alterung der chinesischen Bevölkerung hin, die ebenfalls das Reservoir an jungen Arbeitskräften einschränken wird. (XNA, 28.5., 6., 11.6., 24., 26., 30.7.06; SCMP, 1.6., 29.7.06; *China Labour Bulletin*, 13.7.06, <http://www.clb.org.hk>)

Außenwirtschaft

Margot Schüller und Makbule Top

Airbus will Endmontage von A-320 in China durchführen

Der europäische Flugzeughersteller Airbus wird seine erste Endmontage außerhalb Europas in Tianjin errichten. Der endgültige Vertragsabschluss mit der chinesischen Regierung soll bis Ende September dieses Jahres erfolgen. Die Produktion des Flugzeugtyps A-320 soll ab dem Jahr 2008 im chinesischen Werk anlaufen. Bis zum Jahr 2011 sollen pro Monat vier Flugzeuge gebaut werden. Bislang wird dieser Typ ausschließlich in Toulouse und Hamburg zusammengebaut. Die Maschine des Typs A-320 ist nach 17 Jahren noch immer das am meisten verkaufte Airbus-Modell weltweit und in China.

Airbus hatte die Produktionspläne für China bereits Anfang Dezember 2005 angekündigt, und zwar anlässlich des Besuchs von Ministerpräsident Wen Jiabao in Frankreich. Zum selben Zeitpunkt erhielt Airbus einen Großauftrag über die zentrale staatliche Ankaufsgesellschaft in Höhe von zehn Mrd. US\$. Im Rahmen dieses Großauftrags wurden 150 Maschinen des Typs A-320 für sechs chinesische Fluggesellschaften bestellt. Für Air China sind 24 Flugzeuge mit einem Wert von 1,73 Mrd. US\$, für die Fluggesellschaft China Southern 50 Maschinen im Werte von 3,3 Mrd. US\$ und für China Eastern 30 Airbus-Maschinen desselben Typs für 1,74 Mrd. US\$ bestimmt.

Dass ein Zusammenhang besteht zwischen dem Großauftrag an Airbus und der Entscheidung, in China ein Werk für die Endmontage zu bauen, wurde vom Airbus-Unternehmensmanagement bestritten. Allerdings wurde eingeräumt, dass die chinesische Regierung attraktive Angebote erwartete.

Das Investitionsvolumen soll nach chinesischen Quellen (XNA, 1.6.2006) rd. sieben Mrd. Euro betragen. Diese Zahl wurde jedoch von einer Airbus-Sprecherin nicht bestätigt, die darauf hinwies, dass die Gespräche noch bis September dieses Jahres geführt würden. Auch konnten keine präzisen Angaben zur Beschäftigtenzahl gemacht werden. Laut der Nachrichtenagentur Xinhua soll sich die Zahl der Mitarbeiter auf 1.000 belaufen. Es wurden noch keine Angaben darüber gemacht, welche Komponenten in China hergestellt werden sollen, um das Werk in Tianjin zu unterstützen.